

## **Vertrag über den Berner Wochenmarkt endet dieses Jahr – wie geht es weiter?**

Die Bezirksversammlung Wandsbek setzt sich für den Erhalt des Berner Wochenmarktes ein und fordert den Bezirk auf, bei der anstehenden Neuverhandlung des zum Jahresende auslaufenden Mietvertrages, Vorschläge zu unterbreiten, wie eine langfristige Fortführung des Wochenmarktes in Berne gewährleistet werden kann. Diesen Beschluss fasste die Bezirksversammlung Wandsbek mit den Stimmen von SPD, Linke, CDU und FDP gegen die Stimmen von der GAL in der letzten Sitzung.

„Wir sprechen uns klar für den Erhalt und die Fortführung des Berner Wochenmarktes aus“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bezirksfraktion Wandsbek, André Schneider. „Die offenkundige Ungleichbehandlung ist nicht nur sehr unglücklich für die einzelnen Wochenmarkthändler in Berne, die mit viel Eigeninitiative dafür gesorgt haben, dass sich der Wochenmarkt überhaupt etablieren konnte. Die Ungleichheit bei den Gebühren ist auch für den Verbraucher ein Kostentreiber, denn die höheren Kosten werden auf die Preise umgelegt und machen den Markt im Gegensatz zu den bezirklichen Wochenmärkten teurer und damit unattraktiver. Das kann so nicht gewollt sein, denn die Wochenmärkte sollen ja gerade die Angebotsvielfalt in den Stadtteilen erhöhen“, so André Schneider.

Auch die FDP sieht die Marktbesicker wettbewerbsrechtlich in einer schlechteren Position gegenüber den Mitbewerbern auf bezirklichen Wochenmärkten und rechnete in ihrem Antrag sogar vor, dass die Berner Händler ca. 90 Prozent mehr Standgebühren als Händler auf städtischen Märkten zu zahlen hätten. Dieser Kostennachteil kann von den Berner Marktbesickern auf Dauer nicht getragen werden. Mögliche Stellschrauben der Verwaltung sind die bei der Berechnung der Mietsumme zu Grunde gelegten Wertstufen für die Nutzung der öffentlichen Fläche am Berner Bahnhof. „Entweder man kommt den Markthändlern bei den Gebühren entgegen und verwendet eine andere Wertstufe, oder der Bezirk muss den bisher privat organisierten Markt komplett übernehmen und selbst organisieren – dann würden auch andere Gebühren nach der gültigen Markt- und Gewerbeordnung erhoben werden und so für eine Gleichstellung mit allen anderen Wandsbeker Markthändlern sorgen“, so der SPD-Bezirksabgeordnete André Schneider. „Es ist schon bemerkenswert, dass ausgerechnet die FDP mit dem Gedanken der Verstaatlichung spielt – denn sonst hätte sie so einen Antrag ja nicht eingebracht. Die große Unterstützung in der Bezirksversammlung für den Antrag zeigt aber, dass hier im Sinne der Markthändler und für die Beibehaltung der Angebotsvielfalt in Berne, Oldenfelde und Meiendorf gedacht wird und gehandelt werden soll. Das unterstützen wir als Sozialdemokraten selbstverständlich“, so Schneider.

Hintergrund: Der von der Interessengemeinschaft Berner Wochenmarktbesicker seit 1988 privat organisierte Wochenmarkt am Berner Bahnhof muss deutlich höhere Standgebühren zahlen, als vergleichbare Betriebe auf den bezirklichen Wochenmärkten. Diese Ungleichbehandlung hat ihre bürokratische Begründung darin, dass der Berner Wochenmarkt ein privatorganisierter Wochenmarkt ist, bei dem sich die Kosten für die Fläche nach den Werttabellen für Sondernutzungsgebühren richten, damit muss die gesamte Wochenmarktfäche von den Marktbesickern gemietet und bezahlt werden. Bei den städtischen Wochenmärkten muss der Händler hingegen nur pro laufenden Meter des Marktstandes bezahlen. Die Händler des Berner Wochenmarktes sind somit wettbewerbsrechtlich gegenüber den staatlichen Wochenmärkten wesentlich schlechter gestellt.